eines rechtskräftigen Urteils eines staatlichen Gerichts der DDR oder einer nicht mehr anfechtbaren Entscheidung eines gesellschaftlichen Gerichts gewesen; die Strafverfolgung ist verjährt; die Straftat wird durch eine Amnestie erfaßt; Nichtvorliegen der Ermächtigung zur Strafverfolgung für eine der in § 80 Abs. 3 Ziff. 1 bis 4 StGB angeführten Straftaten; Nichtvorliegen des erforderlichen Strafantrags für die Verfolgung eines Antragsdeliktes.

Das Gericht muß deshalb die Strafsache auch unter diesem Gesichtspunkt prüfen. Hier geht es darum, ob (unabhängig vom Tatverdacht) überhaupt eine strafprozessuale Untersuchung gegen einen straffatverdächtigen Bürger stattfinden bzw. fortgesetzt werden darf. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Strafverfolgung sind ihrem Charakter nach Prozeßzulässigkeitsbedingungen. Erst wenn sie zum Tatverdacht hinzutreten, wird das Recht zur Durchführung eines Strafverfahrens begründet. Stellt das Gericht im Eröffnungsverfahren fest, daß eine gesetzliche Voraussetzung zur Strafverfolgung fehlt, so muß es sofort beschließen, die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen.

Weiterhin muß das Gericht sorgfältig prüfen, ob der Staatsanwalt die Handlung des Beschuldigten in rechtlicher Hinsicht richtig gewürdigt hat, denn die richtige juristische Qualifikation der Handlung ist von großer Bedeutung im Hinblick auf die Gesetzlichkeit, Gerechtigkeit und Gesellschaftswirksamkeit des Verfahrens und der in ihm ergehenden Entscheidungen. Das Gericht ist an die rechtliche Beurteilung des Sachverhalts durch den Staatsanwalt nicht gebunden. Es entscheidet eigenverantwortlich darüber, welcher Straftat der Beschuldigte hinreichend verdächtig und welches Gesetz im Eröffnungsbeschluß für die Tat zu nennen ist.

Das Gericht prüft die Strafsache in rechtlicher Hinsicht auch daraufhin, ob die Voraussetzungen für die Übergabe der Sache an ein gesellschaftliches Gericht vorliegen (§ 58). Besteht hinreichender Tatverdacht gegen den Beschuldigten wegen der in der Anklage bezeichneten Straftat und bejaht das Gericht außerdem das Vorliegen der in § 58 angeführten Voraussetzungen, so eröffnet es das Hauptverfahren nicht, sondern übergibt die

Sache an das zuständige gesellschaftliche Gericht.

Die Pflicht des Gerichts, Gerichtskritik zu üben, wenn es Gesetzesverletzungen durch den Staatsanwalt oder ein Untersuchungsorgan feststellt (§ 20 Abs. 2), führt im Eröffnungsverfahren zur gerichtlichen Prüfung, ob aus dem Aktenmaterial die Nichteinhaltung gesetzlicher Verfahrens Vorschriften hervorgeht.

Beispiele: Das Untersuchungsorgan hat die in § 26 Abs. 2 vorgeschriebene Belehrung eines Zeugen über das ihm zustehende Aussageverweigerungsrecht unterlassen. Aus dem Aktenmaterial geht nicht hervor, daß das Untersuchungsorgan den Beschuldigten vor Abschluß der Ermittlungen über die Beweismittel unterrichtet hat (§ 105 Abs. 2). Für eine Beschlagnahme ist keine richterliche Bestätigung eingeholt worden (§ 121).

Wenn aus den Akten nicht hervorgeht, daß der Staatsanwalt gegen solche oder ähnliche Gesetzesverletzungen Maßnahmen eingeleitet hat, muß das Gericht einen Kritikbeschluß erlassen. Dies ist im Hinblick auf die künftige Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit durch das kritisierte Organ erzieherisch bedeutsam.

Schließlich erstreckt sich die gerichtliche Prüfungspflicht darauf, ob

- Gründe für eine Verfahrenseinstellung (§ 189 Abs. 2 Ziff. 1 bis 3) oder für eine vorläufige Einstellung des Verfahrens (§ 150 Ziff. 1 bis 4) vorliegen,
- ein Haftbefehl (§ 131 Abs. 1), eine Beschlagnahme (§ 119 Abs. 2 und 3), ein Arrestbefehl (§ 120 Abs. 5) aufrechterhalten werden müssen; denn die Beschränkung der Rechte der Bürger darf nur so lange andauern, wie es der Untersuchungszweck erfordert,
- der Antrag auf Schadenersatz zulässig ist (§ 198),
- ein gesellschaftlicher Ankläger oder ein gesellschaftlicher Verteidiger zuzulassen ist (§ 197).

Entscheidungen des Gerichts im Eröffnungsverfahren

Jede Anklageerhebung führt zum Eröffnungsverfahren, in dem das Gericht mit seiner Entscheidung entweder das Verfahren beendet oder dieses fortführt.